

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses III vom 18. März 2021

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 586 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerin KLINKENBERG zu den geplanten Schulbauprojekten in St. Vith**

Die geplanten Schulbauprojekte in St.Vith – vormals unter PPP 2 bekannt – sind von grösster Bedeutung für die gesamte Schullandschaft in der Gemeinde und ich möchte beinahe sagen für den gesamten Süden der DG.

Besonders vor dem Hintergrund der etwas in die Jahre gekommenen Infrastruktur mancher Gebäude, sind diese Bauvorhaben von grösster Bedeutung.

Ein regelrechtes Karussell wird sich damit in Verbindung setzen:

Die gemeinsame Inklusionsschule KA St.VITH zusammen mit dem ZFP, die Musikakademie, das RZKB, das ZAWM, das Holzkompetenzzentrum, usw... Dieses grosse Infrastrukturprojekt findet auch seine Aufmerksamkeit in den Stadtratssitzungen der Gemeinde St.VITH.

Unter anderem, wurde der Bürgermeister GROMMES in der Sitzung vom 28.1.2021, zu der Zukunft der Städtischen Volksschule befragt.

Da gemeinsame Treffen zwischen Ihnen, Frau Ministerin Klinkenberg, mit den Verantwortlichen der Träger – also auch mit den Verantwortlichen der Stadt St.Vith - in regelmässigen Abständen stattfinden, möchten wir Ihnen gerne folgende Fragen unterbreiten:

- *Wie lautet der aktuelle Stand der Akte in Bezug auf die Neuorientierung der Städtischen Volksschule St.Vith?*
- *Gibt es Überlegungen eine gemeinsame Struktur trägerübergreifend für den Kindergarten und dem Primarschulwesen in der Stadt St.Vith aufzubauen?*
- *Wie könnten hier neue Synergien auf Ebene der kompletten Bildungslandschaft in St.Vith zukunftsorientiert erdacht werden können?*

- **Frage Nr. 587 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerin KLINKENBERG zu schulischer Inklusion und Corona**

Seit über einem Jahr hat sich Vieles durch die Corona Pandemie verändert.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

In der heutigen Frage möchte ich vor allen Dingen den Aspekt der schulischen Inklusion in Zeiten der Corona Pandemie beleuchten.

Begriffe von Teilhabe und Inklusion haben in den letzten Jahren sehr viel an Bedeutung gewonnen und die Angebote und Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche mit "Lernhemmnissen" oder mit „Beeinträchtigungen“ sind heute zahlreicher als noch vor einigen Jahren und sie werden von Vielen als selbstverständlich angesehen... auch wenn lange noch nicht alles perfekt ist.

Dann kam Corona und mit der Pandemie mussten von heute auf morgen bestbekannte Arbeitsweisen und auch die bestbekannte Routine verändert werden - so natürlich auch im gesamten Bildungswesen.

Das Voranschreiten der Inklusion auch im Bildungssektor muss weiter – auch während Corona – voranschreiten und darf in seiner Weiterentwicklung nicht stehen bleiben.

Wir möchten Ihnen deshalb folgende Fragen stellen:

- *Wie wurden Kinder aus einem Inklusionsprogramm, die dem Unterricht nicht über Distanz folgen konnten unterrichtet bzw. begleitet?*
- *Haben sich die Fahrpläne die Inklusion betreffend durch die Coronakrise verändert?*
- *Wurden die betroffenen Eltern um ein Feedback betreffend ihrer erlebten Erfahrungen in der Corona-Krise gebeten?*

• **Frage Nr. 588 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerin KLINKENBERG zur SchoolFox App für das Primarschulwesen**

SchoolFox ist eine App für Smartphone und Computer, mit der PädagogInnen, Eltern, SchülerInnen und die Schulleitung untereinander Texte, Bilder und Dateien teilen, sowie sich zu Aufgaben, Projekten und Veranstaltungen auch von daheim koordinieren können.

Die Entwickler der SchoolFox App möchten dabei helfen, die Kommunikation rund um die Schule durch innovative Funktionen zu vereinfachen: Gruppenmitteilungen, digitale Bestätigung, Übersetzungsfunktion, Listen, Notfallkontakte, Elternsprechtage, Terminverwaltung, automatische Erinnerungen und vieles mehr.

Dieser Service ist nicht gratis und benötigt daher einer kostenpflichtigen Freischaltung.

Durch Gespräche mit den Trägern der Stadtgemeinde St.VITH und insbesondere mit der Schulschöffin, wurde uns übermittelt, dass es sich um eine sehr interessante Applikation handelt, die unzählige Möglichkeiten der Kommunikation u.a. mit den Eltern vereinfacht.

Meine Fragen nun an Sie werte Frau Ministerin lauten daher wie folgt:

- *Gibt es Überlegungen diese Applikation SchoolFox flächendeckend in der gesamten DG einzusetzen?*
- *Wie sieht der aktuelle Stand aus: welche Schulen (Schulstandorte) arbeiten bereits mit dieser App?*

• **Frage Nr. 589 von Herrn GROMMES (ProDG) an Ministerin KLINKENBERG zur physischen Versammlungsmöglichkeit des Lehrpersonals**

Viele Schulleiter/innen und deren Lehrpersonal bedauern, dass man - aufgrund des im Code Rot festgehaltenen Versammlungsverbot mit Präsenz - sich nicht physisch im Kollegium über gewisse Dinge austauschen kann.

In der Privatwirtschaft gibt es bei berufsrelevanten Fragen die Möglichkeit, sich unter der strengen Beachtung der Hygieneregeln auch physisch zu treffen.

Hierzu meine Frage:

- *Besteht auch für die Schulen die Möglichkeit, bei relevanten Fragen einen physischen Austausch zu organisieren? Natürlich unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen!*
- *Erledigt sich diese Frage bei einem nun anstehenden Wechsel aus dem Code Rot hin zum Code Orange?*

• **Frage Nr. 590 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zu den zusätzlich eingesetzten Schulbussen**

Ende Dezember haben Sie acht zusätzliche Schülerbusse auf Linien, die von der TEC bedient werden, eingesetzt, um die Zahl der Schüler in den herkömmlichen Linienbussen zu reduzieren. Dies haben Sie als eine Maßnahme zur Bekämpfung des Coronavirus bezeichnet.

Nun ist es aber so, dass aufgrund des Hybridunterrichts, die Schüler ab der zweiten Stufe des Sekundarunterrichts nur jede zweite Woche im Präsenzunterricht beschult werden und somit die Busse viel weniger Schüler als in normalen Zeiten transportieren. Von einer Überfüllung kann also hier keine Rede sein. Die zusätzlichen Busse fahren also teilweise leer bzw. oft mit nur einzelnen bzw. sehr wenigen Schülern. Dies haben wir bereits im Rahmen mehrerer Fragen thematisiert. Eine schriftliche Frage zur konkreten Auslastung steht ja noch aus.

Die acht zusätzlichen Linien wurden laut ihren Aussagen an hiesige Busunternehmen vergeben. Letzte Woche fiel mir jedoch auf, dass zumindest einige der Buslinien nicht mehr von diesen Unternehmen bedient werden, sondern Subunternehmer der TEC die Fahrten übernommen haben.

Dies ist verwunderlich, da die TEC laut Ihren Aussagen nicht mehr Busse einsetzen wollte. Zudem wurden die acht zusätzlichen Linien per Ausschreibung an hiesige Busunternehmer vergeben. Das jetzt die TEC diese bedient, bedeutet für diese Betriebe das Ende der Verträge.

Hierzu lauten meinen Frage an Sie:

- *Können Sie bestätigen, dass die acht zusätzlichen Busse nun von der TEC bzw. ihren Subunternehmen bedient werden?*
- *Zu welchen Konditionen wurden die Verträge mit den hiesigen Unternehmern gekündigt?*

• **Frage Nr. 591 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zum Schülertransport im Präsenzunterricht**

Seit dem Beginn der Corona-Pandemie haben wir uns mit der Problematik des Schülertransports noch mehr beschäftigen müssen als zuvor. Durch die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts wird auch die Menge der zu transportierenden Schüler wieder schlagartig ansteigen

Daher meine Frage:

- *Um wieviel wird die Kapazität der Schülertransporte erhöht?*

• **Frage Nr. 592 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zum Impfen in den Förderschulen der DG**

In den vergangenen Wochen konnte sich das paramedizinische Personal aus den Förderschulen der DG gegen Covid 19 impfen lassen. Dazu gehörten Ergotherapeuten, Logopäden, Krankenpfleger und Kinésitherapeuten. Nicht impfen lassen durften sich die angestellten Kinderpfleger, Erzieher, Kindergärtner und Lehrerinnen.

Vor allem im Kindergarten- und Primarschulbereich der Förderschulen, aber auch im Sekundarbereich, kann man heutzutage davon ausgehen, dass der Körperkontakt zu den Schülerinnen und Schülern bei allen Personalmitgliedern gleich hoch ist.

Die Personalmitglieder der Förderschulen sitzen im selben Boot. Alle packen an, wo es gerade nötig ist, egal welcher Berufsgruppe sie angehören. Das funktioniert wunderbar und die Zusammenarbeit im Team einer Förderschule ist die Basis für einen "reibunglosen Alltag", der für die Kinder mit besonderen Förderbedarf von so großer Bedeutung ist.

Jeder im Team pflegt, füttert, wechselt Windeln, begleitet Toilettengänge, beruhigt Wutanfälle, usw. Das alles mit ständigem Körperkontakt, der nicht nur für körperlich-geistig behinderte Kinder so wichtig ist, sondern auch für all die mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten.

Damit dieser unbedingt notwendige unkomplizierte, spontane und flexible Arbeitsalltag in den Förderschulen weiterhin möglich ist und keine Berufsgruppe benachteiligt wird, plädiert die Ecolo-Fraktion für eine schnelle Impfmöglichkeit für alle Personalmitglieder der Förderschulen in der DG.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Das gesamte Personal der Förderschulen hat im Arbeitsalltag den gleichen Kontakt zu den Kindern. Trifft es zu, dass dennoch bei der Impfreiheitsfolge zwischen paramedizinischem Personal und dem restlichen Personal der Förderschulen unterschieden wird?*
- *Welche Möglichkeiten haben Sie als Bildungsministerin, sich dafür stark zu machen, dass dem gesamten Personal an den Förderschulen der DG möglichst zeitnah ein Impfangebot gemacht werden kann?*
- *Wo stehen die Diskussionen, das Lehrpersonal insgesamt bei den Impfungen bevorzugt zu behandeln, um den Schutz innerhalb der Schulen zu verbessern und erneute Schulschließungen möglichst zu vermeiden?*

• **Frage Nr. 593 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zum Lehrpersonal in der Impfstrategie**

Diese Woche beginnt laut Presseberichten die Phase 1b der Impfkampagne. In dieser Phase werden die über 65-jährigen und jüngere Menschen mit Risikofaktoren geimpft.

Am 29. März beginnt der Präsenzunterricht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Daher meine Frage:

- *Wird das ganze Schulpersonal bis dahin geimpft werden?*

• **Frage Nr. 594 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur zeitnahen Unterstützung für Tagesmütter**

In der Kontrollsitzung vom 14. Januar diesen Jahres haben wir über die Situation der Tagesmütter in Ostbelgien und über die dringend notwendige Aufwertung dieses Sektors gesprochen. Tagesmütter müssen von ihrem Beruf leben können!

In diesem Zusammenhang sagten Sie folgendes, Frau Ministerin: "Wir [also die DG] haben noch weitere Stellschrauben, an denen wir drehen können, um die Arbeitsbedingungen [der Tagesmütter] interessanter zu machen." Dabei gehe es nach Ihrer Aussage unter anderem um die Trägerfrage und um die Tagessätze.

In der Zwischenzeit hat die Ankündigung der Auflösung des RZKB für ein kleines Erdbeben in der Betreuungslandschaft der DG gesorgt. Dazu erklärten Sie in der Presse, das Ziel sei es, eine neue parastatale Einrichtung zu schaffen, die die Aufgaben der Kinder- bzw. Kleinkindbetreuung von RZKB und Kaleido übernehme. Dies solle es noch vor Ende der Legislaturperiode ermöglichen, konventionierten Tagesmüttern ein Vollstatut anzubieten.

Ob dieser Schritt sinnvoll ist oder nicht lässt sich aus unserer "Zuschauersicht" bisher nicht beurteilen. Was er aber sicher nicht bringt, sind zeitnahe Verbesserungen für die Tagesmütter. Diese sind aber zwingend erforderlich!

In Anlehnung an Ihre Aussage, die DG habe noch weitere Stellschrauben, an denen sie drehen könne, habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Welche Maßnahmen werden Sie zeitnah ergreifen, um vor allem den konventionierten Tagesmüttern und Co-Tagesmüttern aktiv unter die Arme zu greifen?*
- *Wie hoch sind die Kosten der DG für einen Betreuungsplatz bei einer konventionierten Tagesmutter?*
- *Wie hoch sind die Kosten der DG für einen Betreuungsplatz in einer Kinderkrippe?*

• **Frage Nr. 595 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zu Schnittmengen zwischen mehreren Aufträgen bezüglich Fake News**

In einer der letzten Ausschuss-Sitzungen hat das Institut für Demokratiepädagogik ihren Tätigkeitsbericht vorgestellt. Zu den Tätigkeiten des IDP gehört u.a. auch die Aufklärung und Bildung zum Thema "Fake News" bei Jugendlichen und Erwachsenen.

Ferner wurde im Rahmen einer parlamentarischen Frage im Ausschuss I deutlich, dass die Regierung einen Auftrag in sechsstelliger Höhe ein Influencing-Unternehmen aus Deutschland zum Thema "Fake-News in Ostbelgien" vergeben hat.

Hierzu meine Fragen:

- *Welche Schnittmengen gibt es zwischen dem IDP und dem Auftrag in Berlin?*
- *Arbeitet das IDP mit dem besagten Unternehmen zusammen?*
- *Warum werden zu diesem Thema zwei Akteure beauftragt?*

• **Frage Nr. 596 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur digitalen Ausrüstung im Präsenzunterricht**

Laut Medienberichten wird der vollständige Präsenzunterricht spätestens ab dem 29. März in den Sekundarschulen wieder aufgenommen. In dem Moment wird sich der dringende Bedarf von IT-Material naturgemäß relativieren.

In Ihrer Antwort auf meine Frage Nr. 499 hat die Ministerin gesagt, dass der Plan vorsehe, ALLE Lehrpersonen sowie die Schüler der ersten Sekundarstufe und des ersten Lehrjahres zu Beginn des neuen Schuljahres auszustatten. Die anderen Jahrgänge sollen „sukzessive“ folgen und bis 2023/2024 sollen alle Sekundarschüler ausgestattet sein.

Hierzu meine Fragen:

- *Hält die Regierung an dem Vorhaben fest, alle Sekundarschüler*Innen mit einem geeigneten Endgerät auszustatten?*
- *Wenn ja, wird das Projekt dem ursprünglichen Zeitplan entsprechend realisiert werden?*
- *Wenn nein, warum nicht?*

• **Frage Nr. 597 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur Entscheidung zur Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts**

Der Presse war zu entnehmen, dass ab dem 29. März der Präsenzunterricht wieder stattfinden soll.

Daher meine Frage:

- *Was hat die Regierung bewogen diese Entscheidung zu treffen?*
- *Inwiefern wurden die Schulen in diese Entscheidung miteinbezogen?*

• **Frage Nr. 598 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur Gemeindeschule Lichtenbusch**

Seit vielen Jahren wird über die Zukunft der Gemeindeschule Lichtenbusch eine Debatte geführt. Regelmäßig wird über dieses Thema in den Medien berichtet. Auch die jüngste Berichterstattung weist auf die ungewisse Zukunft der Schule hin. Viele Fragen sind seit langer Zeit unbeantwortet geblieben. Selbst der Elternrat der Schule Lichtenbusch wünscht sich entschieden mehr Transparenz.

Dazu meine Frage:

- *Welche Optionen stehen der Gemeinde Raeren theoretisch durch die gegenwärtige Raumordnungsgesetzgebung zur Verfügung, um in Lichtenbusch auf einem Grundstück einen Neubau der Schule Lichtenbusch vorzusehen?*
- *Im Registrierungskatalog der DG sind für das Projekt „GS Eynatten/Lichtenbusch – Schulanbau“ Projektkosten von 8 Mio. € vorgesehen. An welchem Schulstandort soll der Schulanbau laut dem Antrag der Gemeinde Raeren realisiert werden?*
- *Wie bewertet die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Standortdiskussion zur Schule Lichtenbusch?*

• **Frage Nr. 599 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Zukunft des Schulstandorts Lichtenbusch**

Wenn in der DG über Schulschließungen diskutiert wird, geht es in der Regel um sehr kleine Standorte. Anders bei der Grundschule Lichtenbusch. Mit gut 160 Kindern ist sie die 16. größte Grundschule der DG. Hier genügt der aktuelle Standort heutigen Ansprüchen einfach nicht mehr.

Es stellt sich die Frage nach der Lösung lauter denn je, auch weil die Elternschaft der Schule mit leidenschaftlichen Aktionen zum Erhalt der Schule aufrief. Unter anderem überreichte sie Bürgermeister Erwin Güsting eine Petition mit rund 1700 Unterschriften.

Daraufhin erklärte Güsting, die Entscheidung hänge von emotionalen, pädagogischen und wirtschaftlichen Faktoren ab, bekräftigte er aber seinen Willen eine Entscheidung in Lichtenbusch finden zu wollen.

Die CSL erklärt seit Jahren, sie wolle unter allen Umständen eine Schule in Lichtenbusch behalten. Die Ecolo-Fraktion ihrerseits vertritt den Standpunkt, dass eine neue Schule in Lichtenbusch errichtet werden soll, wenn ein passendes Grundstück gefunden wird. Der politische Wille scheint also eindeutig vorhanden zu sein.

In die Lösungsfindung drängt sich aber auch der Faktor Zeit: Bis September müsste die Gemeinde Raeren einen brauchbaren Projektvorschlag für das Bauvorhaben in Lichtenbusch einreichen, andernfalls könnte das Projekt aus dem Registrierungskatalog gestrichen werden. Das erscheint unter den aktuellen Voraussetzungen unmöglich.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Besteht die Möglichkeit das Projekt ein weiteres Jahr im Registrierungskatalog zu lassen, um der gründlichen Planung und Abwägung aller Optionen die nötige Zeit zu geben?*
- *Welche weiteren Möglichkeiten zur Beschaffung eines Grundstücks hat eine Gemeinde als Schulträgerin, wenn sie weder im Besitz eines passenden Grundstücks ist, noch ein passendes parzelliertes Grundstück zum Kauf steht?*
- *Wird Ihrer Einschätzung nach die grenzüberschreitende Charakter auch am Standort Eynatten, 2,5 Kilometer landeinwärts weiterleben können?*

• **Frage Nr. 600 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zum Schul- und Ferienrhythmus in der Deutschsprachige Gemeinschaft und bei unseren französischsprachigen Nachbarn**

Die Deutschsprachige Gemeinschaft strebt eine Reform im Unterrichtswesen an. In diesem Rahmen haben wir uns auch bereits mit dem Thema des Schul- und Ferienrhythmus beschäftigt.

Doch wir sind nicht die einzigen, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Die Unterrichtsministerin der *Fédération Wallonie-Bruxelles*, Frau Caroline Désir, verkündete bereits Anfang Februar, die Reform des Schul- und Ferienrhythmus für September 2022 fertigstellen zu wollen. Diese sieht nicht zuletzt eine Verkürzung der Sommerferien um zwei Wochen vor.

Jedoch ist darauf zu verweisen, dass diese Reform auch auf andere Bereiche einen Einfluss haben wird. So beispielsweise auf die Ferienbetreuung, den Tourismus, oder auch die Bereiche Sport und Kultur. Demnach ist die Frage des Schul- und Ferienrhythmus neben dem Unterrichtswesen auch mit verschiedenen weiteren Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbunden.

Für eine kleine Gemeinschaft wie der unseren ist es darüber hinaus bekannterweise besonders wichtig, über institutionelle Grenzen hinaus zu denken. In der Tat können unterschiedliche Schul- und Ferienrhythmen für Familien in Ostbelgien zahlreiche Probleme mit sich bringen. Dies gilt zugleich für zahlreiche weitere Akteure des gesellschaftlichen Lebens – so auch beispielsweise für Sportvereine, Jugendgruppen usw.

Hierzu lauten meine Fragen:

- Besteht bezüglich der Reform des Schul- und Ferienrhythmus eine Konzertierung zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Fédération Wallonie-Bruxelles?
- Welchen Zeitplan hat sich die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für eine mögliche Reform des Schul- und Ferienrhythmus in der DG gegeben?

• **Frage Nr. 601 von Herrn Servaty (SP) an Ministerin KLINKENBERG zu Kriterien für den Schulbau und dessen Finanzierung**

Im Dezember 2020 beantworteten Sie, sehr geehrte Frau Ministerin, hier im Parlament eine Frage des Herrn Kollegen Jerusalem bezüglich der möglichen Planung des PPP II - Projekts ohne private Partner.

In ihrer Antwort erklärten Sie ausführlich, warum PPP-Projekte in der Vergangenheit ein interessantes Mittel waren und warum inzwischen dennoch über eine andere Projektform nachgedacht wird.

Zudem führten Sie aus, ich zitiere: „Aufgrund der im März 2020 verkündeten vorübergehenden Aufhebung der europäischen Schulden- und Defizitregeln, hat die Regierung im Juni 2020 beschlossen, das PPP II - Projekt in ein klassisches Bauprojekt mit Eigenkapitalfinanzierung umzuwandeln. Der Fachbereich Infrastruktur wurde beauftragt, die Projektstruktur des Schulbauprogramms II entsprechend anzupassen und der Regierung im Februar 2021, einen alternativen Projektplan zur Umsetzung vorzulegen.“

Nach Ablauf dieser Frist lauten hierzu meine Fragen:

- Welche neuen Erkenntnisse konnten Sie aus der Arbeit des Fachbereichs Infrastruktur gewinnen?
- Wie wird die Regierung dieses Projekt weiter voranbringen?
- Welches werden die in diesem Rahmen geltenden Kriterien sein?

• **Frage Nr. 602 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Umwandlung des RZKB in eine parastatale Einrichtung**

Am 13. Februar konnte man der ostbelgischen Presse entnehmen, dass das Regionale Zentrum für Kleinkindbetreuung (RZKB) in seiner jetzigen Form wohl keine Zukunft haben wird. Demnach visiere die Regierung eine Neuausrichtung der Kleinkindbetreuung an, in deren Rahmen eine parastatale Einrichtung geschaffen werden soll, die die Aufgaben des RZKB sowie von Kaleido (Bereich Kleinkindbetreuung) unter einem Dach vereinen soll. Dadurch eröffne man den konventionierten Tagesmüttern dann endlich die Möglichkeit in ein vollwertiges Angestelltenverhältnis zu wechseln, sprich ein Vollstatut.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- Weshalb gibt es in der Trägerschaft einer VoG wie dem RZKB nicht die Möglichkeit, den Tagesmüttern ein Vollstatut anzubieten?
- In welchem Zeitraum können die konventionierten Tagesmütter damit rechnen in den Genuss eines Vollstatus zu kommen?
- Wie ist die Entscheidung, das RZKB in eine parastatale Einrichtung umzuwandeln zu Stande gekommen?

• **Frage Nr. 603 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Verortung der außerschulischen Betreuung ins Bildungswesen**

Im Rahmen der Umstrukturierung des RZKB ließ sich der medialen Berichterstattung nicht entnehmen, wie es um die Zukunft der außerschulischen Betreuung steht, die ja bisher ebenfalls weitestgehend vom RZKB organisiert wurde.

Nach Auffassung der Ecolo-Fraktion sollten die aktuellen Entwicklungen genutzt werden, um die Zukunft der AuBe möglichst breit zu diskutieren.

Natürlich ist es eine Möglichkeit diese ebenso wie die Kleinkindbetreuung in der neu zu gründenden parastatalen Einrichtung anzusiedeln. Wir sehen aber eine andere Option, die es lohnen würde, mit den Schulträgern zu konzertieren:

Das Überwechseln der Zuständigkeit für die außerschulische Betreuung in Trägerhand, also eine direkte Kopplung ans Unterrichtswesen.

Selbstverständlich hätte dieser Schritt weitreichende Auswirkungen: Verwaltung, Organisation und Buchhaltung müssten dann vom Träger oder den Schulen selbst übernommen werden. Diesem Umstand müsste natürlich Rechnung getragen werden.

Es ergäben sich aber auch zahlreiche Möglichkeiten der Stärkung unserer Schulen: Durch diesen Schritt ließe sich dort eine neue Aufgabe ansiedeln, die mit anderen notwendigen Bereichen kombiniert werden könnte. Pausenaufsicht, Streitschlichter, Klassenrat, Vertrauenslehrer, Aufsicht über die außerschulische Betreuung und sogar die Hausaufgabenbetreuung oder individuelle Nachhilfeangebote könnten in deren Verantwortung landen und so zahlreichen bekannten Bedarfen unserer Schulen gerecht werden.

Durch die Bezahlung nach den Barmen des Bildungswesens würde sich eine interessante und variable Stelle für ausgebildetes Personal ergeben.

Aus diesem Grund habe ich folgen Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Wie sehen die Überlegungen zur zukünftigen Organisation der AuBe aus?*
- *Mit welchen beteiligten Akteuren haben zu diesem Thema bereits Gespräche stattgefunden?*
- *Halten Sie eine Verortung der außerschulischen Betreuung im Unterrichtswesen vorstellbar?*

• **Frage Nr. 604 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur niedrigen Luftfeuchtigkeit in den PPP-Bauten**

Am 14. Januar habe ich an gleicher Stelle in der Regierungskontrolle eine Frage zu den Lüftungsanlagen der PPP-Bauten gestellt. Damals ging es um deren reibungslose Funktionstüchtigkeit. In Ihrer damaligen Antwort unterstrichen Sie, dass die Lüftungen aller PPP-Gebäude einwandfrei funktionieren und überall in Betrieb sind. Diese Tatsache empfand ich als durchaus erfreulich, war mir doch zu Ohren gekommen, dass dem nicht so sei.

In einem weiteren Gespräch wurde mir dann jedoch mitgeteilt, dass die Lüftungsanlagen zwar allen Ansprüchen der damaligen Bauvereinbarung genügen - wie Sie es ja im Januar unterstrichen - aber dennoch ein entscheidendes Manko aufweisen: Demnach sei die von außen zugeführte Luft sehr trocken. Während die Luftfeuchtigkeit in der Regel mindestens 40 % betragen soll, läge sie in den PPP-Bauten darunter.

Trockene Luft wirkt sich erwiesenermaßen negativ auf die Ansteckungsgefahr mit Viren und Bakterien aus, unter anderem deshalb ist die Zeit der trockenen Heizungsluft auch die Erkältungszeit. Gerade in Pandemiezeiten ist das natürlich eine unerfreuliche Nachricht. Zur Lösung dieses Problems sei das Nachrüsten mit einem Luftbefeuchter nötig.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin

- *Trifft es zu, dass die zugeführte Luft in den PPP-Bauten vor allem in den Wintermonaten trockener ist als für Innenräume in Schulen empfohlen?*
- *In welchem Zeitraum lässt sich dieses Manko voraussichtlich beheben?*
- *Besteht ein Anspruch auf Kostendeckung oder Kostenbeteiligung gegenüber dem privaten Partner der Bauprojekte?*

• **Frage Nr. 605 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zur Diplomanerkennung in der DG**

Die Deutschsprachigen Gemeinschaft ist für die Anerkennung von Diplomen zuständig. So auch für die Gleichstellung von im Ausland erhaltenen Diplomen. Solche Diplomgleichstellungen sind insbesondere im Hinblick auf Bewerbungen im öffentlichen Dienst wichtig. In der Tat ist in öffentlichen Diensten stets ein passendes und anerkanntes Diplom Grundvoraussetzung für eine Bewerbung.

In diesem Bereich arbeitet die Deutschsprachige Gemeinschaft mit der flämischen Kommission, NARIC genannt, zusammen. Solche Zusammenarbeitsabkommen sind grundsätzlich lobenswert. Doch in vereinzelt Fällen können dabei auch Probleme entstehen.

Ein konkretes Beispiel: Die Wallonische Region legt die Bedingungen für Bewerber bei der Forstverwaltung fest, auch für ihre Zweigstelle in Eupen. Dabei basiert sie sich auf in der Französischsprachigen Gemeinschaft angebotene Studiengänge. Die Deutschsprachige Gemeinschaft kann in Zusammenarbeit mit der flämischen Kommission bei Bedarf eine Gleichstellung für in Deutschland erhaltene Diplome aussprechen. Die Flamen berücksichtigen verständlicherweise ihre eigene Realität, d.h. die Studiengänge, die in Flandern angeboten werden. In der Tat besteht ihre Hauptaufgabe in der Anerkennung von Diplomen für diejenigen, die in Flandern arbeiten wollen. So soll es dem Vernehmen nach in der Vergangenheit vorgekommen sein, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft einen deutschen „Bachelor of Science in Forstwirtschaft“ mit dem „Bachelor of Science in Biowissenschaften“ gleichgestellt hat. Problematisch wird dies allerdings, wenn die wallonische Behörde in diesem konkreten Fall für eine in Eupen ausgeschriebene Stelle ein forstwirtschaftliches Studium zur Bedingung macht.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Trifft es zu, dass ein Zusammenarbeitsabkommen ausschließlich mit der flämischen Kommission besteht?*
- *Beabsichtigt die Regierung auch Zusammenarbeitsabkommen mit anderen Partnern?*
- *Wie kann in Zukunft sichergestellt werden, dass Diplome bestmöglich gleichgestellt werden?*

• **Frage Nr. 606 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zum Pilotprojekt der Corona-Schnelltests in Schulen**

In der letzten Plenarsitzung vom 1. März hat Minister Antoniadis in seiner Antwort auf die aktuelle Frage Nr. 556 über ein Pilotprojekt von Schnelltests in Schulen gesprochen. Dabei

soll es sich um Speicheltests handeln, deren Ergebnis in relativ kurzer Zeit verfügbar ist und die, zumindest auf den ersten Blick, recht einfach anzuwenden sind.¹

In einem GrenzEcho-Interview vom 10. März sagte Minister Antoniadis, dass, ich zitiere: "Meine Kollegin, die Bildungsministerin, wird nach der Auswertung des Pilotprojekts die Umsetzung eines solchen Konzeptes für die ostbelgischen Schulen prüfen."²

Einige Fachleute raten jedoch von Spucktests ab, da deren Anwendung gar nicht so leicht sei. Für ein zuverlässiges Ergebnis benötige man nämlich das so genannte Sputum. Dieses Sekret sitze lediglich tief in den Atemwegen. Zudem hätten gesunde Menschen Schwierigkeiten, den benötigten Auswurf zu produzieren. Demnach würde vermutlich Speichel getestet, sodass es sich um ein nicht aussagekräftiges Material handelt.³ Zudem liegen derzeit keine unabhängigen Studien vor, sondern nur die der Entwickler von Schnelltests.⁴

Tests machen nur Sinn, wenn sie zuverlässig sind. Da jedoch vermehrt Wissenschaftler und Studien, wie die so genannte Wuhan-Studie⁵, zu dem Ergebnis kommen, dass asymptomatische Personen, also solche ohne Krankheitssymptome, gar nicht ansteckend sind, stellt sich darüber hinaus die Frage, inwiefern Tests überhaupt einen Nutzen haben.

Hierzu lauten meine Fragen:

- Können Sie uns bitte Ziel und Ablauf des Pilotprojekts erklären?
- Welche Tests werden in dem Pilotprojekt verwendet?
- Wird in der DG über den Einsatz solcher Schnelltests in Schulen nachgedacht?

• **Frage Nr. 607 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zum Betreuungsschlüssel für Kindergärten**

In Art. 53 des Dekrets über das Regelschulwesen⁶ wird das Stundenkapital für den Kindergarten definiert. Dabei stehen bei bis zu 19 Kindern eine Vollzeitstelle, bei 20 bis 25 anderthalb, bei 26 bis 32 zwei und bei 33 bis 39 Kindern zwei und eine Viertel-Vollzeitselle zur Verfügung.

Für jede weitere angefangene Gruppe von fünf Schülern kommt eine zusätzliche Viertelstelle hinzu.

Bei der Berechnung gilt die Regel, dass pro Sprachabteilung eine getrennte Berechnung vorgenommen wird.

Für die Vivant-Fraktion ist ein realistischer Betreuungsschlüssel bei den Kleinsten ein zentrales Element. Gerade Kindergärten, die Integrationsarbeit mit Flüchtlingskindern oder sonstigen nicht-deutschsprachigen Kindern leisten, brauchen die notwendigen personellen Ressourcen, um gute Arbeit leisten zu können.

So hatte beispielsweise der in Kindergarten Manderfeld bisher für 43 Kinder einen 2 1/4 Stundenplan, welcher nun mit Stichtag zum 15. März um eine Viertel Stelle erweitert

¹ **PDG:** Fragestunde aktuelle Frage AF Nr. 556.pdf - <https://youtu.be/GqHy6VxoEUo?t=1121>

² **GE:** Antoniadis bricht „Lanze für die Ärzteschaft“ - <https://www.grenzecho.net/51638/artikel/2021-03-10/antoniadis-bricht-lanze-fur-die-arzteschaft>

³ **SWR Aktuell:** Corona-Schnelltests für daheim_ es dauert noch - <https://www.swr.de/swraktuell/schnelltests-fuer-daheim-100.html>

⁴ **Science ORF:** Wie zuverlässig sind Speicheltests_ - science.ORF.at.pdf - <https://science.orf.at/stories/3204068/>

⁵ **NATUR:** Post-lockdown SARS-CoV-2 nucleic acid screening in nearly ten million residents of Wuhan, China _ Nature Communications - <https://www.nature.com/articles/s41467-020-19802-w>

⁶ 2019-06-28-Stundenkapital-Dekret über das Regelschulwesen.pdf -

wurde. Von diesen 43 Kindern wohnen einige im Asylheim Manderfeld und sind der deutschen oder einer anderen europäischen Sprache meist nicht mächtig. Momentan sind es 10, aber diese Zahl schwankt je nach Belegung des Heims und kann auch wesentlich höher sein.

In unseren Augen wäre ein angepasster Schlüssel, welcher auch die Anzahl Kinder mit Migrationshintergrund berücksichtigt, nötig.

Hierzu habe ich folgende Fragen an Sie:

- *Gibt es einen angepassten Betreuungsschlüssel für Kindergärten, wo vermehrt Kinder mit Migrationshintergrund betreut werden?*
- *Wenn ja, wie ist dieser Schlüssel?*
- *Wenn nein, warum nicht?*